
Kontinuitäten und Brüche: die christliche Arbeiterbewegung 1933-1946

Rezension von: Georg-Hans Schmit,
Die Christliche Arbeiterbewegung
1933-1946. Vom Untergang der
Demokratie bis zum Beginn der Zweiten
Republik (= Berichte und Forschungen
zur Gewerkschaftsgeschichte 3), Verlag
des ÖGB, Wien 2013, 304 Seiten,
kartoniert, € 38;
ISBN 978-3-703-51604-7.

Die vorliegende Publikation ist die überarbeitete Fassung einer an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien vorgelegten Dissertation. Der Politologe Hans-Georg Schmit beschäftigt sich darin mit der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung in den Jahren 1933 bis 1946. Er hat diesen Zeitraum der österreichischen Geschichte auch deshalb so gewählt, weil er sich durch die rasche Abfolge von Zäsuren und Systembrüchen besonders gut dafür eignet, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Politik und Programmatik der christlichen Arbeiterbewegung herauszuarbeiten.

Diesem Vorhaben folgt im Großen und Ganzen auch die Gliederung der Publikation: Nach einem einleitenden Kapitel zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung von ihrer Gründungsphase im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Ersten Republik behandeln die drei Hauptabschnitte dann die Entwicklung während des Austrofaschismus und Nationalsozialismus sowie den Wiederaufbau und Neubeginn in den Jah-

ren 1945 und 1946 nach der Wiedererrichtung der demokratischen Republik.

Christliche Arbeiterbewegung meint im untersuchten Zeitraum ein Konglomerat von Verbänden, die untereinander organisatorisch, personell und programmatisch verschränkt waren und sich eng an die christlichsoziale Bewegung und an die katholische Kirche anlehnten. Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften waren ihre wichtigsten Organisationsformen, wobei die Arbeitervereine im Laufe der Entwicklung gegenüber den Gewerkschaften zunehmend an Bedeutung verloren. Die beiden päpstlichen Sozialenzykliken „*Rerum Novarum*“ (1891) und „*Quadragesimo Anno*“ (1931) sowie das verbandseigene „*Linzer Programm*“ von 1923 und später dann das „*Wiener Programm*“ des ÖAAB aus dem Jahr 1946 können als die Eckpfeiler ihres grundsatzpolitischen Rahmenprogramms angesehen werden.

Aus der Ausrichtung der christlichen Arbeiterbewegung nach einer Partei, in der die ökonomisch Selbstständigen den Ton angaben einerseits und der Verpflichtung auf die Vertretung von Arbeiterinteressen andererseits entsprangen immer wieder Spannungen, die vor allem in Zeiten ökonomischer und politischer Krisen virulent wurden. Sie traten auf unterschiedlichen Ebenen auf, betrafen die Beziehungen zur Christlichsozialen Partei, führten zu innerverbandlichen Turbulenzen, betrafen vor allem auch das Verhältnis zur mehrheitlich sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, namentlich zu den Freien Gewerkschaften, das bis zum Untergang der Ersten Republik primär von Konflikt und Konkurrenz bestimmt war. Sozialpartnerschaftliche und volksgemeinschaftliche Ideen ver-

mochten diese Spannungen zu mildern, konnten sie aber nicht aus der Welt schaffen.

Während der austrofaschistischen Ära agierte die christliche Arbeiterbewegung, so der Befund des Autors in Anlehnung an die Einschätzung Anton Pelinkas in einer zu diesem Thema nach wie vor grundlegenden Studie,¹ als „loyale Opposition“. Sie war keine treibende Kraft auf dem Weg in die Diktatur, sie hatte dagegen aber auch keine prinzipiellen Einwände. Vermeintliche Übereinstimmungen zwischen den nebulösen ständestaatlichen Plänen des Regimes und den eigenen, aus dem Gedankengut der katholischen Soziallehre abgeleiteten berufsständischen Vorstellungen erleichterten die Anpassung an die neuen Verhältnisse ebenso wie die uneingeschränkte Unterstützung, welche die katholische Kirche dem diktatorischen Kurs angedeihen ließ.

Die christliche Arbeiterbewegung bekannte sich 1934 voll und ganz zur Legalität und zum Tenor der Maiverfassung und verteidigte die österreichische Diktatur auch gegenüber ausländischen Kritikern. Sie setzte Gesten der Loyalität, demonstrierte politisches Wohlverhalten und wurde dafür von der Regierung belohnt. Durch diktatorische Maßnahmen erhielten die christlichen Arbeiter im Austrofaschismus aus den Händen der Regierung Positionen, die vorher aufgrund demokratischer Wahlen die Freien Gewerkschafter besetzt hatten. Sie wurden Führungsmacht in den jeglicher Autonomie beraubten Arbeiterkammern, sie übernahmen die Leitung in der staatlich dekretierten und kontrollierten Einheitsgewerkschaft, und sie ersetzten nach dem im Zuge der Februarkämpfe 1934 erfolgten Verbot von Sozialdemokratie

und Freien Gewerkschaften die aus ihren Funktionen entfernten sozialdemokratischen Betriebsräte.

Hatten die christlichen Arbeiter also keine prinzipiellen Schwierigkeiten, sich mit dem faschistischen System zu arrangieren, so blieb auf der anderen Seite die traditionelle Frontstellung gegenüber der Linken während des Austrofaschismus erhalten. Die christliche Arbeiterbewegung setzte nach dem 4. März 1933 keine ernsthaften Initiativen zur Vermittlung zwischen Regierung und nach wie vor mehrheitlich sozialistischer Arbeiterschaft. Das Konzept zur Verständigung mit der in die Illegalität gedrängten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hieß „Bekehrung“ von den „Irrlehren“ des Marxismus, war schon im Ansatz fragwürdig und wurde im Wesentlichen bis Anfang 1938 durchgehalten. Es erschwerte die angesichts der Bedrohung Österreichs durch den Nationalsozialismus dringend gebotene Aussöhnung mit der Linken erheblich.

Der notwendige Brückenschlag nach links kam so nur zögerlich voran und erfolgte letztlich auch zu spät. Erst Anfang März 1938 hatten sich die christlichen Arbeiter mit der illegalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf die Durchführung freier Wahlen in der staatlichen Einheitsgewerkschaft einigen können, die Johann Staud, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, dann am 10. März im Rundfunk auch in Aussicht stellte. Wenige Tage später erfolgte bereits der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich.

Die Funktionäre der Einheitsgewerkschaft, die noch in letzter Minute ein Bündnis mit der Linken gegen den drohenden „Anschluss“ angestrebt hatten, gehörten zu den ersten Opfern des nationalsozialistischen Terrors. Die Orga-

nisationen der christlichen Arbeiterbewegung wurden zerschlagen, mehrere ihrer Funktionäre verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt.

Christliche Gewerkschafter und Angehörige der Arbeitervereine gehörten schließlich auch zu denen, die Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft geleistet haben. Es ist ein Verdienst des Autors, dass es ihm trotz der prekären Quellenlage gelungen ist, ein übersichtliches Bild von der Formierung und Entwicklung der unterschiedlichen Widerstandsgruppen der christlichen Arbeiterbewegung in Wien und in den Bundesländern zu zeichnen. Auch der Hinweis, dass die grundsätzlichen Weichenstellungen für die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung noch während der letzten Kriegsjahre getroffen wurden, verdient Beachtung. Spätestens im Frühjahr 1944 fiel die Entscheidung zur Bildung einer überparteilichen gewerkschaftlichen Einheitsorganisation und damit auch zum Verzicht auf die Wiedererrichtung des Systems konkurrierender Richtungsgewerkschaften. Die Verständigung darüber, die christliche Arbeiterbewegung nicht als einheitliche (und selbstständige) Arbeiterpartei zu schaffen, sondern sie in Form eines Bundes in eine künftige christlich-soziale Gesamtpartei einzugliedern, war noch einige Jahre früher erfolgt. Auch eine zunehmende Emanzipation von der katholischen Kirche zeichnete sich bereits während der Jahre 1938-1945 ab.

Die noch vor der Gründung der ÖVP erfolgte Errichtung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) am 14. April 1945 war das Werk einer Gruppe christlicher Gewerkschafter, die auch schon in den Jahren vor 1938 eine tragende Rolle

gespielt hatte. Die katholischen Arbeitervereine erlangten entsprechend der zunehmenden Distanzierung von der Kirche kaum mehr Bedeutung. Lois Weinberger, der sich schon 1940/41 als Kopf der verschiedenen christgewerkschaftlichen Widerstandsgruppen positioniert hatte, löste als Führungsfigur der christlichen Arbeiterbewegung den greisen Leopold Kunschak ab, der mit Ehrenfunktionen abgefunden wurde. Johann Staud, der Präsident der Einheitsgewerkschaft, war schon 1939 im Konzentrationslager Flossenbürg umgekommen.

Eine kleine Elite christlicher Gewerkschafter vermochte die christliche Arbeiterbewegung im ÖAAB zu vereinen. Sie war gleichzeitig hoch aktiv bei der Gründung der ÖVP, welcher der ÖAAB dann neben Wirtschafts- und Bauernbund als gleichberechtigte Teilorganisation eingegliedert wurde. Eine tiefgreifende Veränderung stellte die Einbeziehung der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in den als überparteiliche Organisation gegründeten Österreichischen Gewerkschaftsbund dar, weil sie ein bewusstes Abgehen vom alten System der Richtungsgewerkschaften brachte und die jahrzehntelange gegenseitige Konkurrenz im Gewerkschaftslager zugunsten eines institutionalisierten Zusammenwirkens mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftern hintanstellte. Den teilweisen Brüchen im organisatorisch-politischen Bereich standen starke personelle und ideologische Kontinuitäten gegenüber.

Insgesamt ist dem Autor eine übersichtliche Zusammenschau der zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung vorhandenen Literatur gelungen, die er durch Sichtung und Aufnahme bisher unbearbeiteter Quellenbestände aus verschiedenen Archi-

ven und Privatbeständen auch um einige Facetten bereichert hat. Das Buch ist nicht nur GewerkschaftsaktivistInnen und HistorikerInnen der Arbeiterbewegung zu empfehlen. Es ist auch für ein ganz allgemein an österreichischer Zeitgeschichte interessiertes Publikum mit Gewinn zu lesen.

Karl Stubenvoll

Anmerkung

- ¹ Pelinka, Anton, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938 (Wien 1972).

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 16**

**Alternative Strategien der Budget-
konsolidierung in Österreich
nach der Rezession**

Georg Feigl, Achim Truger (Hrsg.)

Georg Feigl
Einleitender Überblick

Achim Truger, Katja Rietzler, Henner Will, Rudolf Zwiener
Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der
Rezession

Kommentare zur Studie des IMK

Margit Schratzenstaller

Ewald Walterskirchen

Peter Brandner

Günther Chaloupek

Achim Truger

Schlussbemerkung: Die gesamtwirtschaftlichen Risiken der forcierten
Budgetkonsolidierung bestehen fort

Wien 2010, 107 Seiten, € 16,–.

Bestellungen bei:

LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25

Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at